DIE LINKE.PDS

EuropäischeLINKE

Im Gespräch

März 2007

Informationsblatt des Ortsvorstandes Neuenhagen bei Berlin

Auf ein Wort…

von Helga Pietschmann

Zum ersten Mal zu einem Landesparteitag delegiert, sollte es für mich auch gleich der letzte sein. In einigen Redebeiträgen wurde das zwar zum Ausdruck gebracht, Wehmut bei den Delegierten kam aber nicht auf. War doch ein wichtiges Ziel des Parteitages, die Vereinbarung der Linkspartei.PDS und der WASG auf der Ebene der Landesverbände Brandenburg zu beschließen. In ihr sind die konkreten Schritte bis zum Gründungsparteitag von DIE LINKE. Landesverband Brandenburg am 08.09.2007 festgelegt. Dem geht die Verschmelzung der Parteien auf Bundesebene durch die Aufnahme der WASG in die Linkspartei.PDS voraus, die am 15./16. Juni 2007 stattfinden wird. In ihren Reden wurde sowohl durch unseren Landesvorsitzenden Thomas Nord als auch durch den ersten Sprecher des Landesvorstandes der WASG Steffen Hultsch bekräftigt, dass durch die Fusion eine neue Qualität der Gemeinsamkeit entstehen wird, auch dass der demokratische Sozialismus zur neuen Partei gehört. Lothar Bisky ist überzeugt, dass wir unsere Identität nicht aufgeben, sondern erweitern. Er sieht die neue LINKE als Hybridmotor. Die Vereinbarung wurde auf unserem Parteitag einstimmig und bei der parallel tagenden WASG ebenfalls mit großer Mehrheit - bei zwei Stimmenthaltungen - angenommen. Im anschließenden Forum zum Prozess der Parteineubildung, das gemeinsam mit den Delegierten der WASG zu den Entwürfen der Landessatzung und der Landesfinanzordnung der neuen Partei DIE LINKE. LV Brandenburg stattfinden sollte, blieben wir leider allein, da die WASG mit ihrer Tagung noch nicht zu Ende war. Genosse Bodo Ramelow, stellv. Vorsitzender der Bundestagsfraktion, begründete, dass viele juristische Tücken des Vereinigungsprozesses bestehen und der Weg über die Verschmelzung notwendig ist. Aber wir werden gemeinsam in ein Haus einziehen und die Chance nutzen, den vorhandenen Antikommunismus in der BRD gemeinsam zu überwinden. Stefan Ludwig erläuterte das Neue im Satzungsentwurf, u. a. Mitgliedschaft mit 14 Jahren, Gastmitgliedschaft, landesweite Zusammenschlüsse, ein Landesausschuss, ein Finanzrat. Jeder muss die Dokumente lesen.

Ein für alle interessantes Thema war der Beitrag unseres Bundestagsabgeordneten Wolfgang Neskovic zur „Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Brandenburg“ als Diskussionsangebot im Rahmen der Leitbild-Debatte. Seine präzisen und durch das Grundgesetz untermauerten Darlegungen zur Einheit von Rechts- und Sozialstaat und die darin begründete Verpflichtung des Sozialstaates zum Schutz der Schwachen in der Gesellschaft wurden lebhaft diskutiert. Ich empfehle, dieses Thema in unsere politische Bildungsarbeit aufzunehmen.

Ein wichtiges Ziel des Landesparteitages war natürlich auch die Wahl des Landesvorstandes. Wieder gewählt wurden als Vorsitzender Thomas Nord, als Stellvertreterin Kirsten Hackmann sowie als Geschäftsführerin Maria Strauß. Dem neuen Vorstand gehören insgesamt 16 Mitglieder an. Durch die WASG werden am 02.06.2007 vier Mitglieder nominiert, die nach der Gründung der Partei DIE LINKE auf Bundesebene in den Landesvorstand kooptiert werden. Diese dann 20 Mitglieder bilden den Gründungsvorstand, der auf dem Gründungsparteitag von DIE LINKE. Landesverband Brandenburg am 08.09.2007 bestätigt werden soll. Auf dem ersten Landesparteitag von DIE LINKE. Brandenburg im Januar 2008 wird dann der Landesvorstand neu gewählt.



Wir übermitteln allen Genossinnen und Sympathisantinnen die herzlichsten Grüße zum Internationalen Frauentag und wünschen alles Gute, vor allem Gesundheit.

Wir laden ein zu Kaffee und Kuchen am 8. März 2007 ab 15.00 Uhr in die Café-Bar LOUNI, Am Schäferplatz 2, 15366 Neuenhagen.

Der Ortsvorstand der Linkspartei.PDS Neuenhagen

10. Landesparteitag Die Linke.PDS Brandenburg am 3. und 4. Februar 2007 in Blossin

Auszüge aus der Rede des Landesvorsitzenden Thomas Nord

ausgewählt von Sven Kindervater

In der Politik sind wir es gewohnt, Gefühle besser nicht zu zeigen, sondern sie eher zu verbergen. Wenn ich also unsere heutige Beratung mit ein wenig Wehmut betrachte und dies auch zugebe, dann gibt es dafür einen triftigen Grund: Dieser Parteitag ist der letzte der PDS Brandenburg. […] Damit endet die 17 jährige Geschichte der PDS Brandenburg, und es entsteht auch in unserem Bundesland eine neue Partei. […] Sie unterscheidet sich in manchem von den historischen Vorläufern - insbesondere dadurch, dass unserem heutigen Vorhaben weder eine historische Katastrophe wie der 2. Weltkrieg noch ein umfassender Zusammenbruch des Realsozialismus vorausging. Sie unterscheidet sich von einem der historischen Vorläufer dadurch, dass diese Parteineugründung nicht nur demokratisch aussehen soll, sondern durch einen zutiefst demokratischen Prozess gekennzeichnet sein wird. Die Geschichte der Partei des demokratischen Sozialismus ist insgesamt - gerade auch in Brandenburg - eine Geschichte von großen Anstrengungen, Kämpfen, des aufrechten Gangs bei erheblichem Gegenwind und des daraus entstandenen Erfolgs. […] Die Linkspartei.PDS Brandenburg hat knapp 10.000 Mitglieder und ist damit nach wie vor die mitgliederstärkste Partei im Land. Dass das so ist, hat heute übrigens nicht mehr nur mit unseren vielen Mitgliedern zu tun, die aus der SED in die PDS übergegangen sind, sondern inzwischen auch mit vielen Neueingetretenen und jungen Mitgliedern. Für manche von diesen ist die „Wende“ nur mehr Geschichte, und mancher Funktionär in meinem Alter ist für sie bereits ein Veteran. […] Welche Bedeutung hat die Parteineugründung für uns? Unsere Erfolgsbilanz im Osten stimmt. […]. Im Westen stimmt sie nicht. Wer aber im gesamten Land – von der Welt mal ganz zu schweigen - die Gesellschaft nachhaltig politisch beeinflussen will, braucht eine Partei, die auch in den alten Bundesländern verankert ist. Denn dort leben 80 Prozent der Gesamtbevölkerung. […] Die gesamtdeutsche Linke wird dringend gebraucht. […] Sie wird gebraucht für Mindestlohn und eine gerechte Steuerpolitik, für mehr Beschäftigung, Demokratie und bessere Bildungschancen für Alle. Für eine friedliche Außenpolitik und wirksamen Widerstand gegen den erstarkenden Rechtsextremismus. […] Die neue Linke muss eine demokratische Linke sein. […] Es gibt gute Gründe, zum Thema Rechtsstaat und Demokratie auch die Brandenburger Verhältnisse zu hinterfragen. Denn: Dass der neue heimliche Landesvorsitzende der CDU Sven Petke einerseits Vorsitzender des Rechtsausschusses des Brandenburger Landtages ist und andererseits Verursacher der E-Mail-Affäre, sagt sehr viel über das heutige Verständnis führender Landespolitiker zum Rechtsstaat aus. […] Wenn ich das sehe, denke ich nur und sage auch aus aktuellem Anlass: Mögen uns solche Zustände auf immer erspart bleiben! Hinter diesen dominierenden Auseinandersetzungen in der CDU verblasst zurzeit die Tatsache, dass sich auch die Brandenburger SPD in einer wenig stabilen Lage befindet. […]. Hier drängt sich die Frage auf: Haben wir es noch mit vorübergehenden Krisensymptomen zu tun oder schon mit einer handfesten Krise der Landesregierung? Auf jeden Fall ist die Krise bereits groß genug, um insbesondere vor dem Landesparteitag der CDU - wie in den guten alten Zeiten des Kalten Krieges - die rote Gefahr zu beschwören. […] Wir sind regierungsfähig, aber regierungswillig können wir nur werden, wenn es für unsere Vorstellungen wenigsten teilweise einen Partner gibt. Das ist - wie gesagt - bisher nicht der Fall. Sollte sich das ändern, müssen wir gemeinsam darüber reden und letztlich auch gemeinsam entscheiden .

Auszüge aus der Rede der Vorsitzenden der Landtagsfraktion Kerstin Kaiser

ausgewählt von Helga Pietschmann

Starke Opposition – gut für Brandenburg

Klar gesagt: Wir werden den Platz der CDU nicht einnehmen. Wir haben unseren eigenen Platz! Die politischen Aufgaben haben wir gemeinsam Anfang 2004 ins Wahlprogramm geschrieben, - das gilt. Den *Auftrag für einen Politikwechsel* für mehr soziale Gerechtigkeit haben unserer Partei fast ein Drittel der WählerInnen in Brandenburg gegeben, - der zählt. [...]

Worauf kommt es an?

1. Das Land gehört wieder ins Zentrum der Politik; auch des Regierungshandelns.
2. Klare, erkennbare politische Linien ent lang der Alltagsprobleme, die die Mehr heit der Menschen hier haben.
3. Abrechenbare, zeitlich überschaubare, verständliche Konzepte und Projekte, deren Umsetzung man auch verfolgen kann. [...]

Was jetzt im Land geschehen muss:

1. Brandenburg braucht ein Leitbild, einen Entwicklungsrahmen *für alle*;

es ist mehr als die Metropolenregion für Berlin! Es braucht ein berlin-branden-burgisches Konzept für diese über die Stadtgrenzen der Bundeshauptstadt hinaus reichende Region. [...] Ein solcher Entwicklungsrahmen entsteht nicht am grünen Tisch [...] sondern im Dialog. – das ist eine zentrale Alternative zur Regierungspolitik.

2. Brandenburg braucht ernsthafte Schritte zu öffentlicher Beschäftigung –

und das bei sozial annehmbaren Bedingungen! [...] Bei der Einführung von Hartz IV im Januar 2005 betraf das 133.000 Menschen – im Januar 2007 waren es 141.000 Langzeitarbeitslose. [...] 123.450 Menschen bilden die so genannten „Aufhocker“. [...] Sie arbeiten, [...] können aber aufgrund von Niedrigstlöhnen den eigenen Lebensunterhalt nicht bestreiten und müssen deswegen zusätzliche staatliche Leistungen beziehen. [...] Warum bitte will die SPD keinen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, wie ihn unsere Fraktion vorgeschlagen hat, und zwar mit einem [...] durchgerechneten Modell für fast 5000 Arbeitsplätze über fünf Jahre? [...]

3. Brandenburg braucht eine intelligente Einnahmepolitik sowie eine maßvolle und gezielte Ausgabenpolitik anstatt einer maßlosen Kürzungspolitik. [...]

Bereits jetzt scheint absehbar: Der Doppelhaushalt 2008/2009 wird wohl der dramatische Höhepunkt der haushalts- und finanzpolitischen Fehlsteuerung durch diese Koalition. [...] Nicht geplant jedenfalls sind ein Umbau bzw. ein Umsteuern in der Förderpolitik. Neue Finanzierungsinstrumente, wie wir sie schon lange fordern, wären so dringend notwendig zur Kompensation absehbarer Einnahmeverluste. Im Kern [...] muss der Anspruch sein: **Öffentliche Ausgaben sind nicht verlorenes Geld, sondern Investitionen, die sich für die Gesellschaft rechnen müssen.** [...] Öffentliche Beschäftigung [trägt] zur Sicherung von Einkommen und zur Stärkung der Kaufkraft und auf diesem Wege zu Stabilisierung der einheimischen Wirtschaft und ihrer Steuerkraft bei. Öffentliche Beschäftigung ist so also auch ein Mittel, um Finanzkreisläufe anzukurbeln. [...] Deswegen setzen wir auf den Aufbau des Bürgerschaftssystems für die kleinen und mittelständischen Unternehmen – und auf seine Ausweitung auf die Landwirtschaft. Wir wollen die ILB zur Förder*und* Mittelstands- und Hausbank umbauen (Antrag im Landtag abgelehnt). [..]

Wir kämpfen für das, was gut für Brandenburg ist. Das ist unser Versprechen an die Bürgerinnen und Bürgern.

Sozialistische Rechtspolitik - Demokratie ist der Weg

Hypothesen aus dem Diskussionsangebot im Rahmen der Leitbild-Debatte zum Thema Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Brandenburg, basierend auf Texten von Wolfgang Neskovic (MdB). Vorgelegt beim 10. Landesparteitag der Linkspartei.PDS Brandenburg am 3. und 4. Februar 2007 in Blossin. Ausgewählt von Werner Förster und Arno Gassmann.

1. Wir leben in einer ungerechten Gesellschaft.

Nach dem Ende der Blockkonfrontation wird ein staatlicher Abbau der sozialen Rechte bei gleichzeitigem Ausbau des Sicherheits- und Überwachungsstaats betrieben. Die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger werden beschnitten und die Ausübung und Durchsetzung dieser beschränkten Rechte darüber hinaus noch erschwert.

2. Wir leben in einer ungerechten Gesellschaft. Und dies, obwohl es nicht so sein müsste.

Ausgehend davon unterliegt linke Rechtspolitik dem Selbstverständnis, Gesellschaftskritik zu ermöglichen und die Schlussfolgerungen hieraus zuzulassen. In deren Mittelpunkt steht die Erkenntnis, dass die herrschende Wirtschafts- und Sozialordnung grundlegend verändert werden muss, um ein gerechtes und friedliches Zusammenleben der Menschen zu ermöglichen.

3. Wir leben in einer ungerechten Gesellschaft. Und dies, obwohl die Verfassung das Gegenteil fordert.

Das Grundgesetz ist in seinen unabänderlichen Grundprinzipien der unantastbaren Menschenwürde, des sozialen Rechtsstaats und der Demokratie Ausgangspunkt unserer Politik. Denn das Ziel einer demokratischen Veränderung der Wirtschafts- und Sozialordnung zur Herstellung einer gerechten, friedlichen Gesellschaft ist im Grundgesetz verankert. Das Grundgesetz ist sozial ausgerichtet. Es bildet geradezu eine Aufforderung zum demokratischen Sozialismus.

Der verfassungsrechtlich garantierte und dem Zugriff des verfassungsändernden Gesetzgebers entzogene Grundsatz des sozialen Rechtsstaats ist der Weg linker Rechtspolitik.

Die Menschenwürde ist unantastbar. Sie verbietet es dem Staat eine Rechtsordnung zu schaffen, die den Menschen zum bloßen Objekt degradiert. Das Privateigentum, insbesondere verbunden mit der Vertragsfreiheit, gewährt unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen eine Macht nicht nur über Sachen, sondern auch über Menschen. Der Schutzauftrag der Menschenwürdegarantie gebietet es daher dem Staat, in diesem Prozess zugunsten desjenigen, der durch seine wirtschaftliche Abhängigkeit zum bloßen Objekt des Eigentums gemacht würde, einzugreifen. Nichts anderes sagt das Eigentumsgrundrecht in Art. 14 GG:
„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."

Gleichheit vor dem und durch das Gesetz wird es im sozialen Rechtsstaat nur dann geben, wenn gerade hier die wirtschaftliche und soziale Stellung des Individuums in die Betrachtung einbezogen wird. Formal gleiche Rechte produzieren und verstetigen unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen die Ungerechtigkeit.

Das Freiheitsrecht des Einzelnen im sozialen Rechtsstaat ist für uns Ausdruck einer demokratischen Verfasstheit, die Freiheit immer in einen Bezug zu sozialer Gerechtigkeit stellt.

In einer ungerechten Gesellschaft kann Strafrecht die Ungerechtigkeit nur verschärfen. Auch im Strafrecht gilt: In einer Gesellschaft der sozialen Ungleichheit bedeutet gleiches Strafrecht für alle die größte Ungerechtigkeit für die gesellschaftlich Schwachen.
Wir fordern eine moderne, folgenorientierte und rechtsstaatliche Kriminalitätspolitik. Für uns gilt daher der Vorrang der nichtstrafrechtlichen Prävention. Nur für einen Kernbereich sozial unerträglicher Verhaltensweisen halten wir ein Eingreifen des Strafrechts für vertretbar.

Die ungerechte Gesellschaftsordnung bedroht nicht nur Menschen, sondern die gesamte Umwelt, die Lebensgrundlagen des Menschen und der Tiere. Wir setzen uns für nachhaltigen Umwelt- und für aktiven Tierschutz, der eine feste Stütze im Recht finden muss, ein.

Notizen aus dem Kreistag

von Prof. Dr. Günter Schippel

Am 14. Februar fand die erste Sitzung des Kreistages in diesem Jahr statt, sie mündete in den Jahresempfang des Landrates. Die Tagesordnung spiegelte leider nicht die Probleme des Landkreises wieder, die dringend im neuen Haushaltsjahr zu bearbeiten sind. Zu einigen Punkten:

Der Bericht des Leiters des Jobcenters zur Arbeit des vergangenen Jahres zeigte realistisch Stärken und Schwächen auf. Ohne Zweifel haben die arbeitsmarktpolitischen Instrumente gegriffen, obwohl nicht genau abgegrenzt werden kann, was kommt auf das Konto dieser Maßnahmen und was auf den allgemeinen konjunkturellen Aufschwung. Der Erfahrungsaustausch mit anderen Kreisen über unterschiedliche Arbeitsmethoden in der Sozial- und insbesondere der Jugendpolitik hat begonnen. Es ist zu hoffen, dass die Berücksichtigung dieser Erfahrungen zu einer effizienteren, vom Kreis selbst zu beeinflussenden Sozial- und Jugendpolitik führt.

Eine wirkliche Debatte entzündete sich an dem von unserer Fraktion initiierten und Von SPD und Bauernverband mitgetragenen Beschluss, in dem eine Analyse über Kinder mit besonderen Problemlagen gefordert wird. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, dass eine solche Analyse notwendig ist, aber sie sollte sich nicht auf Kinder mit besonderen Problemlagen beschränken, sondern die Jugendarbeit insgesamt unter die Lupe nehmen.

Ein weiteres Diskussionsfeld ergab sich aus drei Beschlussvorlagen, in denen der Kreistag die Zustimmung zur Einrichtung von Leistungs- und Begabtenklassen an den Gymnasien in Rüdersdorf, Strausberg und Neuenhagen erklären sollte. Vorweg hatten wir in der Fraktion dazu schon eine Debatte, denn die Einrichtung von solchen Leistungsklassen ersetzt auf keinen Fall die notwendige Kritik an der Schulpolitik, für die die Regierung zuständig ist. Schulen freier Träger sind vielfach gebildet und weitere sollen gebildet werden.
Diese Schulen haben überwiegend einen guten Ruf und ziehen begabte Schüler an, zum Schaden staatlicher Schulen. Unverändert fehlt eine ausgewogene Konzeption der Schulentwicklung in unserem Land.

An die erste Stelle seines Rückblicks setzte der Landrat, dass die von unserer Fraktion seit Langem geforderte Verfassungsbeschwerde endlich auf den Weg gebracht ist. Ich erhoffe mir, dass im Verfahren vor dem Verfassungsgericht nicht nur einzelne unverständliche Positionen der Landesregierung zur Sprache kommen, sondern dass es uns als Beschwerde führendem Landkreis gelingt, dass die sowohl quantitative als auch qualitative Finanzierung der kommunalen Ebene behandelt wird. Mehrere Landkreise haben sich unserem Beschwerdebegehren angeschlossen.

OWUS lädt ein:

Der Unternehmerverband OWUS lädt am 23. März 2007 um 19.00 Uhr zum Gespräch über die Mittelstandspolitik im engerem Verflechtungsraum in die „Arche" ein.

Dagmar Pohle Bezirksbürgermeisterin von Marzahn/Hellersdorf, der EU-Abgeordnete Dr. Helmuth Markov (Regional- und Strukturpolitik) und Ralf Christoffers, Wirtschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, sind die Gesprächspartner von Detlef Militz.

Information aus dem Ortsvorstand

von Werner Förster

Der neu gewählte Ortsvorstand konstituierte sich und legte für das Jahr 2007 die Aufgabenverteilung zur Durchführung der Beschlüsse der Berichtswahlversammlung vom 27. Januar 2007 fest. Es wurde abgewogen, dass mit den Ergebnissen der Wahlversammlung inhaltlich anspruchsvolle Ziele für die Ortsorganisation zur wirkungsvolleren Arbeit mit der Herausbildung der Linkspartei gestellt sind. Die Schwerpunktbestimmung für das kommunalpolitische Handeln und die davon bestimmte Öffentlichkeitsarbeit erfordern, bürgerbezogener zu wirken und durch die Ausgestaltung der interkommunalen Arbeit, die Kräfte zu bündeln. Letzthin sollen konstruktive Alternativen dazu beitragen, mit den BürgerInnen unsere Gemeinde weiter lebenswerter zu gestalten. Die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Arbeitskreise wurden festgelegt. Im Rahmen einer für April 2007 angesetzten Mitgliederversammlung werden wir den Bundesparteitag und die Kreisdelegiertenkonferenz auswerten. In Vorbereitung darauf, findet eine gemeinsame Arbeitsberatung von Ortsvorstand und Fraktion statt.

Aufgabenverteilung im Vorstand



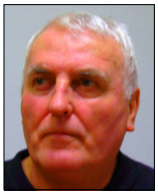
Ortsvorstandsvorsitzender
Werner Förster
☎ 20 42 28, E-Mail: werner_edmund_foerster@web.de



Stellvertretender Vorsitzender
Peter Fischer
☎ 20 01 07



Schatzmeisterin
Mitglied des Arbeitskreises Soziales / Bildung
Birgit Werner
☎ 20 42 28, E-Mail: joachim.werner1@ewetel.net



Leiter des Arbeitskreises Öffentlichkeitsarbeit
Hartwig Wolff
☎ 21 27 41, E-Mail: wolffhartwig@aol.com



Stellvertretender Leiter des AK Öffentlichkeitsarbeit
Gert Grüner
☎ 597, E-Mail: gruener-militz@web.de



Leiterin des Arbeitskreises Soziales / Bildung
Ilona Ingendorf
☎ 20 20 67



Redakteur „Im Gespräch“,
Mitglied des Arbeitskreises Öffentlichkeitsarbeit
Dr. Arno Gassmann
☎ 42 10 21, E-Mail: ag@der-buchmacher.de

Axel Troost in der Diskussion

von Dr. Arno Gassmann

Der Mann von der WSAG trat überzeugend vor das PDS-Publikum. Sozialistische Grundvokabeln kamen ihm selbstverständlich und sachlich über die Lippen. Aus dem viel diskutierten Fusionsvertrag ist ein „Verschmelzungsvertrag“ geworden, der, durch viele Parteigremien der zukünftigen Neuen Linken geläutert, nun am 16. Juni in Berlin per Gründungsparteitag von der Basis abgesegnet werden soll. Danach, so Troost, muss die „Nabelschau“ der Partei ein Ende haben und die Realpolitik in den Vordergrund rücken. Gelingt es der Neuen Linken nicht, sich innerhalb von zwei Legislaturperioden in westdeutschen Landtagen zu etablieren, dann muss das „Experiment“ als gescheitert angesehen werden. Das Auditorium stimmte weitgehend darin überein, dass es zukünftig nicht mehr um die Bewahrung marxistischer Grundthesen gehen kann, sondern um eine positive Mitgestaltung deutscher Politik.

Aus der Schule geplaudert...

Hallo zusammen ...
Dieses Mal eine Äußerung zum allgemein festgelegten Bildungsstandard.
Hierbei wird festgelegt, welche Kompetenzen die Schüler bis zu einer bestimmten Jahrgangsstufe erworben haben sollen, und dass diese Kompetenzen in Form von Testverfahren überprüft werden müssen.
Die Problematik hierbei sind die stark unterschiedlichen Leistungsniveaus.
Es wurden zum Beispiel Abiturklassen der gleichen Jahrgangsstufe der Bundesländer Hamburg und Baden-Württemberg getestet. Die Hamburger Schüler erreichten dabei nur knapp die Hälfte der Punkte, die die baden-württem-bergischen Schüler erzielten.
Der dadurch errechnete Kompetenzabstand liegt hier dann bei zwei Jahren.
Das heißt, unser festgelegter Bildungsstandard ist eigentlich in jedem Bundesland ein anderer.
Das gleiche Prinzip wird auch in einigen Ausbildungsberufen in der Republik angewandt.
Dies hat zur Folge, dass man diesem Beruf dann nicht in jedem Bundesland nachgehen darf, weil vielleicht eine vorgeschriebene Qualifizierung fehlt.
Wenn man zum Beispiel in ein anderes Bundesgebiet umzieht und aus diesem Grund die Schule wechseln muss, gilt das Gleiche.
Genügend Schüler müssen aufgrund dessen eine Klasse wiederholen, weil das dort vorgegebene Niveau nicht ihren bisher erlernten Kompetenzen entspricht.
Durch diesen unterschiedlichen Leistungsstandard können für die Betroffenen unabsehbare und somit auch negative Folgen eintreten.

Bis zum nächsten Mal, ***eure Daniela***

Zum deutschen Vorsitz in der europäischen Union

von Thomas Raeck

Der Vorsitz im Europäischen Rat wechselt turnusgemäß alle sechs Monate unter den Mitgliedsländern der EU. Die Reihenfolge hat der Rat selbst beschlossen, Deutschland übt vom 1.1. - 30.6.2007 den Vorsitz aus, danach folgen Portugal, Slowenien und Frankreich.
Im Mittelpunkt der politischen Agenda für die deutsche Präsidentschaft steht die Überwindung der Sackgasse bei der Annahme des Verfassungsvertrages. Bis jetzt haben 18 EU-Länder seiner Annahme zugestimmt. Allerdings ist Einstimmigkeit aller EU-Mitglieder erforderlich, und bekanntlich haben Frankreich und die Niederlande im Jahr 2005 in Volksabstimmungen „Nein" gesagt.
Die daraufhin vom Rat verordnete Zeit der Reflexion hat Kanzlerin Merkel jetzt bei verschiedenen Treffen mit der Kommission Anfang Januar und im Europäischen Parlament selbst für beendet erklärt. Bis Ende Juni will die Bundesregierung einen Fahrplan zur Verabschiedung des Verfassungsprozesses bis zu den nächsten Europa-Wahlen im Juni 2009 unterbreiten. Kanzlerin Merkel ernannte eigens zwei Sonderbeauftragte für Sondierungsgespräche mit allen Regierungen. Außenminister Steinmeier sprach gar von einer neuen Regierungskonferenz, die unter portugiesischer Präsidentschaft durchgeführt, und deren Ergebnis spätestens unter französischem Vorsitz bestätigt werden sollte.
Von Seite der Linken wird in diesem Zusammenhang betont, dass die Sorgen der Bürger, welche zu einer Ablehnung in zwei Staaten geführt haben, berücksichtigt werden müssen, und vor allem eine breite öffentliche Debatte über diese Fragen organisiert werden muss. Verhandlungen der Regierungen hinter verschlossenen Türen ohne eine Neuorientierung auf ein soziales Europa, auf den Erhalt des Sozialstaates in seinen unterschiedlichen nationalen Formen, statt seinem Abbau unter dem Deckmantel einer Reform sind nicht geeignet, um die Menschen für den zweiten Anlauf zum Verfassungsvertrag zu gewinnen. Die Beschäftigten wollen keinen Wettbewerb untereinander, um die niedrigsten Löhne und die „flexibelsten" Sozialvorschriften, die Menschen ohne Arbeit brauchen staatlich finanzierte Unterstützung für Weiterbildung, berufliche Wiedereingliederung bzw. Existenz sichernde Sozialleistungen. Die Verantwortung hierfür kann nicht allein bei den Nationalstaaten liegen, sondern bedarf europäischer Maßnahmen und Regeln. Hier sind die Linken mit konkreten Vorschlägen gefragt.
Von der Bundesregierung als Ratspräsidentschaft ist hier bisher, außer allgemeiner Rhetorik, nichts zu hören, konkrete Vorschläge sind Fehlanzeige. Eine einfache Fortsetzung der neoliberalen Rezepte der Lissabon-Strategie bringt keine Veränderung.
In einer Reihe von internationalen Problemen wie dem Nahostkonflikt, dem Abschluss der Kosovoverhandlungen, der Durchsetzung des Kyoto-Klimaprotokolls, einer neuen Nachbarschaftspolitik der EU, der Partnerschaft mit Russland will die deutsche Ratspräsidentschaft Fortschritte erzielen.
Ein wichtiger Schwerpunkt der Präsidentschaft ist ein neues weltweites Klimaabkommen, dessen Grundstein auf den Frühjahrsgipfeln von EU- und G-8-Ländern im März gelegt werden soll.
Kanzlerin Merkel bezeichnete in ihrer Rede im Europäischen Parlament zur Vorstellung ihres Programms bis Ende Juni den Schutz des Klimas und den Zugang zur Energie als die zwei Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Dem kann man sicherlich zustimmen, aber welche Wege und welche Antworten zur Bewältigung dieser Herausforderungen werden vorgeschlagen? Soll etwa über eine gemeinsame europäische Energiepolitik und den Kampf zur Senkung des CO_2-Ausstoßes die Nuklearenergie wieder befördert werden? Einem solchen Weg wird sich die deutsche Delegation in der Linksfraktion des Europäischen Parlaments verweigern.
In einer Reihe von internationalen Problemen wie dem Nahostkonflikt, dem Abschluss der Kosovoverhandlungen, der Durchsetzung des Kyoto-Klimaprotokolls, einer neuen Nachbarschaftspolitik der EU, der Partnerschaft mit Russland will die deutsche Ratspräsidentschaft Fortschritte erzielen.
Ein wichtiger Schwerpunkt der Präsidentschaft ist ein neues weltweites Klimaabkommen, dessen Grundstein auf den Frühjahrsgipfeln von EU- und G-8-Ländern im März gelegt werden soll. Kanzlerin Merkel bezeichnete in ihrer Rede im Europäischen Parlament zur Vorstellung ihres Programms bis Ende Juni den Schutz des Klimas und den Zugang zur Energie als die zwei Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Dem kann man sicherlich zustimmen, aber welche Wege und welche Antworten zur Bewältigung dieser Herausforderungen werden vorgeschlagen? Soll etwa über eine gemeinsame europäische Energiepolitik und den Kampf zur Senkung des CO_2-Ausstoßes die Nuklearenergie wieder befördert werden? Einem solchen Weg wird sich die deutsche Delegation in der Linksfraktion des Europäischen Parlaments verweigern.



Sascha meint...

Die Spannung steigt ...

In weniger als einem Monat ist es nun endlich soweit. Am 24. und 25. März findet der erste gemeinsame Parteitag der Linkspartei.PDS und der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) in Dortmund statt. Zwar werden wir bei diesem Treffen noch in zwei unterschiedlichen Sälen tagen, jedoch uns schon einmal gemeinsam unter ein und demselben Dach in unmittelbarer Nähe zueinander befinden. Darüber hinaus ist geplant, dass die Delegierten beider Veranstaltungen dieselben Foyers und Versorgungseinrichtungen nutzen werden und ein gemeinsames Pressezentrum eingerichtet wird.
Unter diesen günstigen äußeren Bedingungen besteht dann gleich die Möglichkeit, mit dem einen oder anderen hoffentlich baldigen Parteigenossen ins Gespräch zu kommen und uns dabei besser kennen zu lernen.
Auf den identischen Tagesordnungen beider Bundesparteitage stehen unter anderem die in den letzten Wochen und Monaten in unseren Parteien und auch außerhalb ausführlich diskutierte Entwürfe für die Gründungsdokumente der neuen Partei *DIE LINKE.* Hierzu gehören die programmatischen Eckpunkte, die Bundessatzung, die Bundesfinanzordnung und die Schiedsordnung, die zum Beispiel auf der Internetseite der Bundespartei unter www.sozialisten.de heruntergeladen werden können. Die erfolgreiche Verabschiedung dieser Dokumente stellt den vorletzten großen Schritt auf dem Weg zur Gründung unserer neuen, gesamtdeutschen Partei dar.

Denn im Anschluss daran sind für den Zeitraum zwischen dem 30.03. und 18.05.2007 die Urabstimmungen geplant und am 16. Juni soll dann der Gründungsparteitag den ganzen Prozess erfolgreich abschließen.

Da in der letzten Zeit aus den verschiedensten Richtungen außerhalb, aber teilweise auch innerhalb unserer Partei, zu vernehmen ist, aus unserem großen Vorhaben wäre die Luft heraus, geht es auf dem Dortmunder Parteitag meiner Meinung nach in erster Linie darum, das Feuer der Euphorie wieder neu anzufachen. Insbesondere mit Blick auf die Bremer Bürgerschaftswahl am 13. Mai, bei der die Möglichkeit besteht, dass wir zum ersten Mal in ein westdeutsches Landesparlament einziehen, müssen wir jetzt noch einmal richtig durchstarten, um den Bremer Genossen damit auch den Rücken für ihren Wahlkampf zu stärken.

Ich freue mich jedenfalls schon sehr auf die Gespräche und Diskussionen in Dortmund und kann es kaum noch erwarten.

Termine im März

1. Regionalkonferenz „Mitmischen! Dialog für ein Brandenburg der Regionen“
03.03.2007, 10 - 15 Uhr, Gaselan-Kulturhaus, Trebuser Straße 56, Fürstenwalde

20-Jährige werden nicht geboren!
Alternative Gedanken zum demografischen Wandel.
Veranstalter: Verein Linkstreff e. V. und die Rosa-Luxemburg-Stiftung
07.03.2007, 18:00 Uhr, Kleiner Saal, Klub am See, Strausberg

Frauentagsfeier der Ortsorganisation
08.03.2007 15.00 Uhr, Café-Bar „Louni“, Am Schäferplatz 2, Neuenhagen

Buchlesung
„Das Mädchen für alles“; Was Sie unbedingt über Angela Merkel wissen sollten.
Zu Gast bei Kerstin Kaiser: **Matthias Krauß**
08.03.2007, 18:00 Uhr, Linkstreff am Tor, Wallstr. 8, Strausberg

Kino im Dachsaal der Arche
anlässlich des 175. Todestages von Johann Wolfgang Goethe
mit Film **„Die Braut“,** *16.03.2007 20.00 Uhr*

Buchlesung in der „Arche“:
Hans Ulrich Brandt stellt sein aktuelles Buch „Sieg heil! Wird abgeblasen … wenn die Bombe von Smolensk explodiert wäre“ vor, *30.03.2007*

31.03.2007 **Kreisdelegiertenkonferenz** der Linkspartei.PDS MOL in Seelow

Innerhalb ihrer Reihe **OFFEN GESAGT** lädt die Landtagsabgeordnete **Renate Adolph** herzlich ein:

Erhöhte Gaspreise - wie kann ich mich wehren?
mit Hartmut G. Müller (Verbraucherzentrale Brandenburg)
04.03.2007, 10.00 Uhr, Linkstreff, Wallstr. 8, Strausberg

„Die Frau, der Mann, das Mensch“
Veranstaltung anlässlich des Internationalen Frauentages mit Gisela Steineckert
10.03.2007, 16.00 Uhr, Kulturgießerei, An der Reihe 5, Schöneiche

Zum 175. Todestag von Johann Wolfgang Goethe (28.8.1749 – 22.3.1832)
„Gesetzgeber oder Revolutionäre, die Gleichheit und Freiheit zugleich versprechen, sind Phantasten oder Scharlatane“ (J. W. Goethe)

Wir gratulieren herzlich zum Geburtstag im März 2007

Erhard Dechnik
Klaus Eysoldt
Gert Grüner
Roland Lehmann
Hans Möricke

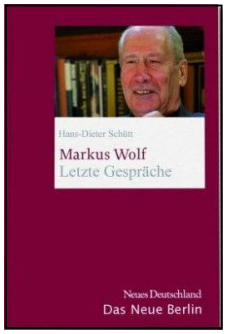
Im Gespräch

kann auch unter
http://www.pds-neuenhagen.de/info.htm
als PDF-Datei herunter geladen werden!

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.PDS - Ortsorganisation Neuenhagen bei Berlin
Zuschriften bitte an: Dr. Arno Gassmann, Niederheidenstraße 26, 15366 Neuenhagen.
Die Redaktion behält sich das Recht vor, Zuschriften bei Veröffentlichung Sinn wahrend zu bearbeiten. Zuschriften müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck des „Informationsblattes“ wird durch Spenden finanziert.

Buchempfehlungen vom Buchhaus Bünger

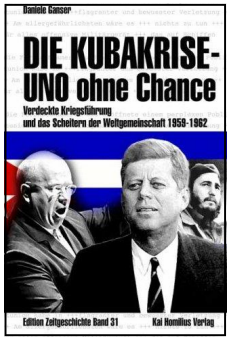


Hans-Dieter Schütt
„Markus Wolf Letzte Gespräche“

Für viele sei der frühere Generaloberst ein beharrlicher Hüter undurchdringlicher Geheimnisse aus dem Kaltem Krieg gewesen, hieß es beim Verlag. Die Interviews in dem Buch interessierten sich für einen anderen Markus Wolf: den nachdenklichen Menschen und kritischen Kommunisten. Autor Schütt schreibt im Vorwort: «Wolf hat eine Arbeit getan, deren Zwielicht nur in James-Bond-Filmen reine Unterhaltung ist.»

Es sei eine Arbeit gewesen, die «sich seit jeher den Verdacht gefallen lassen muss, unehrenhaft zu sein».Wolf sagt in dem Buch zum Untergang der DDR, man müsse «eindeutig und ohne Beschönigung, und auch ohne Trost!, von einer herben, folgenreichen Niederlage sprechen, und ich leugne keineswegs meinen Anteil an dieser Arbeit». Die «Niederlage» sei nicht von irgendwo hergekommen: «Wir haben sie in wesentlichen Teilen selbst produziert», gab Wolf zu Protokoll. Man müsse aufpassen, dass der Schmerz über das Geschehene wichtiger bleibe als der Schmerz darüber, dass die Welt davon erfahren habe, betonte Wolf.

Daniele Ganser
„DIE KUBAKRISE - UNO ohne Chance“



In einer Zeit, in der Krieg und Terror die täglichen Nachrichten dominieren, fragen sich viele Menschen, warum die UNO-Friedensorganisation die Menschheit nicht "von der Geißel des Krieges" befreien kann. Akribisch recherchiert zeigt dieses Buch erstmals am Beispiel der Kubakrise, wie machtlos die UNO der verdeckten Kriegsführung der Supermächte gegenübersteht.

Der direkte Vergleich der diplomatischen Debatten im UN-Sicherheitsrat und in der UN-Generalversammlung mit dem geheimen Krieg der CIA gegen Kuba und der sowjetischen Operationen "Anadyr" erlaubt tiefe und erschütternde Einsichten in die Abgründe der internationalen Politik. Das gerade für unsere heutige Zeit hochaktuelle Fazit dieses historischen Buches lautet: Es sind eine Vielzahl von Lügen, welche uns in die Gewalt verstricken. Ohne eine Überwindung der Lügen wird auch der Ausstieg aus der Gewaltspirale unmöglich sein.